



16/214

Zukunftsfähige Energieaußenpolitik

Dokumentation der Konferenz vom 25./26. April 2008 in Berlin

Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de
Verantwortlich	Jürgen Trittin MdB Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Politischer Koordinator Arbeitskreis Internationales und Menschenrechte Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: Juergen.Trittin@bundestag.de
Redaktion	Dr. Eltje Aderhold, Silvia Uplegger
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de
Schutzgebühr	€ 1,-
Redaktionsschluss	29. Dezember 2008

Inhalt

Zukunftsfähige Energieaußenpolitik

Vorwort.....	3
Konferenzprogramm	5
Energie 2.0 - Grünes Gesamtkonzept	8
Klima – Gerechtigkeit - Frieden.....	11
Klimasicherheit neu denken.....	17
Zusammenfassung der Beiträge und Diskussion.....	19
Empfehlungen für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik.....	28
 Annex I	
Schlaglichter für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik	30
 Annex II	
Große Anfrage zur Energieaußenpolitik der Bundesregierung	38

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Energieaußenpolitik ist zu einem Modewort geworden. Auch die Bundesregierung redet viel über Energieaußenpolitik, konkrete Politikkonzepte bietet sie aber nicht an. Unsere Konferenz hingegen hat über den Tellerrand großkoalitionärer Außenpolitik geschaut. Gemeinsam haben wir überkommene Politikansätze hinterfragt und Strategien und Handlungsoptionen für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik ausgelotet.

Dabei waren sich die KonferenzteilnehmerInnen einig: Es geht um globale Gerechtigkeit und eine weltweite Energiewende hin zu CO₂-neutraler Wirtschaft. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik ist globale Politik für Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Der Wunsch nach sicherer Energieversorgung darf nicht länger auf die Frage reduziert werden, wie einzelne Länder ihren Bedarf befriedigen. Eine sichere Energieversorgung gibt es nicht für Deutschland oder Europa alleine – auch wenn viele in Berlin oder Brüssel sich das immer noch so vorstellen. Nur wenn wir die weltweiten Energiebedürfnisse im Blick haben, können wir auch unseren eigenen Bedarf sichern. Die einzige mögliche Antwort auf den Klimawandel und auf die fatale Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran ist eine gemeinsame globale Energiewende. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung weltweit – das sind die drei E für unsere Zukunft.

Die größten Bedrohungen unserer Zeit sind untrennbar mit der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie verbunden: der Klimawandel, die wachsende Armut, der Wettlauf um knapper werdende Rohstoffe und das Streben nach Atomwaffen. Schlussfolgerung aus der Konferenz ist, dass wir diesen Herausforderungen nur mit einem ganzheitlichen Politikverständnis gerecht werden können. Energie muss in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik integriert werden. Energieaußenpolitik ist mehr als nur Außenwirtschaftspolitik wie die FDP glaubt. Sie ist mehr als Export von Atomtechnologie, à la CDU, oder Kohletechnologie, so die SPD.

Atomkraft ist keine Lösung. Atomenergie schafft keine Energiesicherheit, kann den steigenden Bedarf an Energie nicht ansatzweise decken und produziert gefährlichen Atommüll ohne Ende. Geschäfte mit Nukleartechnologie, die Ländern wie Brasilien beim Streben nach der Atombombe helfen, gefährden den Weltfrieden. KonferenzteilnehmerInnen bekräftigten, dass unser Ziel der weltweite Zugang zu neuen Energieträgern und Energieeffizienz sein muss. Dann ist Energieaußenpolitik auch aktive Krisenprävention und strategische Friedenspolitik.

Fazit der Konferenz ist, dass neue bezahlbare Energieträger und Energieeffizienz eine einzigartige Chance im Kampf gegen Armut darstellen. 15 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen rund 60 Prozent des Rohöls und Erdgases, während die armen Länder unter der Ausbeutung ihrer Ressourcen leiden. Das ist ungerecht. Ohne bezahlbare Energie ist der Kampf gegen die Armut aussichtslos. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik, die auch armen Ländern und Menschen in entlegenen Gebieten Zugang zu modernen Technologien eröffnet, schafft Gerechtigkeit. Die Energie-

außenpolitik der Großen Koalition enttäuscht. Aus der Konferenz haben wir zahlreiche offene Fragen an die Bundesregierung mitgenommen. Wir sind diesen Fragen nachgegangen und es hat sich bestätigt: Die Bundesregierung stellt rückwärtsgerichtet Ölpipelines, Gasrohre und Nukleardeals in den Mittelpunkt ihrer Politik. Das schafft keine Energiesicherheit, sondern schürt Kriege und Konflikte.¹

Grüne Energieaußenpolitik denkt weiter – und an die Zukunft. Wir setzen uns ohne Wenn und Aber ein für Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Mit herzlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. K. Müller', with a long horizontal flourish extending to the right.

¹ Unsere detaillierte Große Anfrage, BT Ds. 16/10386 vom 24.09.2008, ist auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/103/1610386.pdf>. Die Antwort auf diese Anfrage ist für Ende Mai 2009 angekündigt.

Konferenzprogramm

Freitag, 25.4.2008

18:00 Eröffnung der Konferenz

Renate Künast MdB, Fraktionsvorsitzende

Jürgen Trittin MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender

18:30 Panel I – Energieaußenpolitik und Energiesicherheit

Sicherheit in die Zukunft denken: Globales Energieszenario und Herausforderungen für die Außenpolitik

Einführung:

Dr. Fatih Birol, Chefökonom, Internationale Energieagentur (IEA)

Dr. Felix Matthes, Koordinator Bereich Energie und Klimaschutz, Öko-Institut Berlin

Dr. Faouzi Bensarsa, Energieberater und Leiter Energy Cell,

Europäische Kommission

Sascha Müller-Kraenner, Europarepräsentant, The Nature Conservancy

Moderation: Bärbel Höhn MdB, stellv. Fraktionsvorsitzende

Wie wir darauf reagieren, dass die fossilen Ressourcen zur Neige gehen, hat nicht nur Einfluss auf unsere Energiesicherheit und unsere Beziehungen zu potenziellen oder tatsächlichen Lieferländern. Projekte wie die Ostseepipeline oder die Nabucco-Gasleitung machen zudem deutlich: Die Frage nach den Energieimporten birgt erheblichen Konfliktstoff auch zwischen befreundeten EU-Mitgliedern. Doch es geht um viel mehr: Die Europäische Union hat in der Energie- und Klimapolitik eine Vorreiterrolle. **Wie die EU Energiesicherheit über ihre Energieaußenpolitik gestaltet wird, wird weit reichenden Einfluss auf die weltweite Energiepolitik haben.** Ohne innovative Energiepolitik werden wir die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) nicht erreichen. Die Situation in Öl und Gas exportierenden Staaten wie Nigeria, Tschad oder Turkmenistan zeigt außerdem, welches Krisenpotenzial unsere Abhängigkeit von Öl und Gas für Länder mit schwachen staatlichen Institutionen mit sich bringt.

Sicher ist: Wir können die weltweite Umstellung der Energiesysteme weg von fossilen Energiequellen nicht länger hinauszögern. Außenpolitik und Energiesicherheit müssen erheblich umfangreicher diskutiert werden als bislang. **Auch für die Außenpolitik geht es darum, eine weltweite Energiewende herbeizuführen.**

Wie können wir **internationale Energiepartnerschaften für erneuerbare Energien** gestalten? Wie müssen dafür Außen- und Entwicklungspolitik ineinander greifen? Ist die Europäische Union mit ihrer neuen Afrikastrategie und anderen außenpolitischen Strategien auf dem Weg zu zukunftsfähigen Energiepartnerschaften? Sind Energiepartnerschaften für den Export von Wind- und Sonnenstrom aus Nordafrika und dem Nahen

Osten eine realistische und wünschenswerte Option? Sind Biotreibstoffe der Schlüssel zu einem zukunftsfähigen globalen Energiemix, der gleichzeitig Entwicklung fördert? Welche Rolle wird Flüssiggas spielen?

Wie können wir dazu beitragen, die **Energieeffizienz** weltweit um ein Vielfaches zu erhöhen? Engagieren sich Deutschland und die Europäische Union ausreichend um mehr Energieeffizienz in den Förder- und Transitländern fossiler Rohstoffe an unseren östlichen Grenzen? Können wir den Nicht-OECD-Staaten glaubwürdig vermitteln, dass eine Kopie des herkömmlichen europäischen Konsumstils nicht zwingend gleichzusetzen ist mit Entwicklung und Fortschritt?

Wie können wir traditionelle Energiepartnerschaften, wie z. B. mit Russland oder Zentralasien, zu zukunftsfähigen Partnerschaften für erneuerbare Energien und Energieeffizienz entwickeln?

Auf welche multilateralen Institutionen kann sich Energieaußenpolitik stützen? Brauchen wir neue Institutionen? Wie verhindern wir den finalen Wettlauf um die letzten Öl- und Gasvorkommen?

20:30 Buffet, informelle Gespräche

Sonnabend, 26.4.2008

10:00 Kurzeinführung: Klimasicherheit neu denken

Winfried Nachtwei MdB

10:15 Panel II – Energieaußenpolitik und Klimawandel

Klimawandel gefährdet Sicherheit: Gefahren und Lösungsstrategien

Einführung:

Rt Hon Margaret Beckett, britische Außenministerin a. d.,

Mitglied des House of Commons

Uwe Ohls, Bereichsleiter Asien und Koordinator Klimafragen, KfW-Entwicklungsbank

Anja Köhne, Policy Adviser, WWF European Policy Office & Vorstand Germanwatch

Dr. Inge Kaul, Adjunct Professor, Hertie School of Governance Berlin

Moderation: Jürgen Trittin MdB

Vom Klimawandel sind jene Weltregionen besonders betroffen, in denen schon heute schwierige Umweltbedingungen und andere Faktoren wie Armut und Ressourcenknappheit dazu beitragen, dass staatliche Institutionen schwach bleiben und die Gefahr gewalttätiger Konflikte allgegenwärtig ist. UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, hat erst kürzlich den Bürgerkrieg in Darfur als einen der ersten modernen Kriege identifiziert, der vom Klimawandel entfacht wurde. Was bedeutet der Klimawandel für Friedenspolitik? Inwieweit ist die internationale Staatengemeinschaft für eine Ära zusätzlicher Klimakonflikte institutionell gewappnet? Wie müssen wir internationale und regionale Steuerungssysteme reformieren, damit sie klimainduzierte Kon-

flikte präventiv verhindern und im Ernstfall beenden können? Welche Rolle kommt dem zwischenstaatlichen und nationalen Management von knappen Ressourcen zu?

Was kann die Europäische Union zu weltweiter Klimasicherheit in der Bandbreite ihrer Politikfelder beitragen? Ist das Klimamainstreaming in deutscher und europäischer Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenpolitik auf gutem Wege? Wie schaffen wir die notwendige globale Partnerschaft zur Anpassung an den Klimawandel? Wie können (Finanzierungs-)Schwierigkeiten überwunden werden? Kann ein grenzübergreifendes Engagement gegen den Klimawandel auch friedensstiftende Wirkung entfalten? Wie kann Energieaußenpolitik zu einer positiven Kraft werden, die Frieden fördert?

12:15 Mittagsbuffet

13:15 Fachvortrag – Energieaußenpolitik und Kyoto

Kyoto weiterdenken: Neue Instrumente im internationalen Klimaschutz

Dr. Bill Hare, IPCC-Autor, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Greenpeace

Einführung und Moderation: Dr. Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, Bremen

2008 und 2009 werden im Zeichen der Diskussion um die Ausgestaltung der Kyoto-Nachfolge stehen. Bereits jetzt ist klar: Die nächsten 10 bis 15 Jahre entscheiden mit hoher Wahrscheinlichkeit darüber, ob der Klimawandel „nur“ gefährlich bleibt, oder katastrophal wird. Wo liegen aus einer energieaußenpolitischen Perspektive die großen Aufgaben für internationalen Klimaschutz der Zukunft? Was muss passieren, damit Länder wie China und Südafrika schnell den Pfad der nachholenden Entwicklung verlassen und zu einer kohlenstoffarmen überholenden Entwicklung ansetzen? Muss und kann die Forderung nach gleichen Pro-Kopf-Emissionen weltweit völkerrechtlich festgeschrieben werden? Müssen wir nicht weit stärker den Klimaschutz von der Nachfrage auf die Angebotsseite verlagern und Modelle entwickeln, wie Förderländer ihre fossilen Ressourcen im Boden lassen? Sind Kerngruppen von Staaten, die über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen hinaus wegweisende Klimaschutzverpflichtungen eingehen, der richtige Weg? Welche Rolle muss der Klimaschutz in der Energieaußenpolitik einnehmen? In wie weit gehören Energiesicherheit und Klimaschutz-Anstrengungen zusammen?

14:45 Schlusswort

Jürgen Trittin MdB

15:00 Tee und Kaffee. Schluss der Konferenz.

Konferenzdokumentation

Begrüßungsansprache Renate Künast:

Energie 2.0 – Grünes Gesamtkonzept

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
lieber Jürgen,
verehrte Kollegen und Kolleginnen,
Exzellenzen,

ich begrüße Sie herzlich zur internationalen Konferenz der grünen Bundestagsfraktion "Zukunftsfähige Energieaußenpolitik". Wir haben diese Konferenz mit einem solaren Gong der Huth Solar Performance eröffnet. In der Halle finden sie weitere Klanginstallationen, mit denen wir Sie auf das heutige Thema einstimmen wollen.

Das Thema **Energieaußenpolitik** ist als Begriff relativ neu. Aber Energie und Klima sind schon länger in aller Munde und werden weltweit diskutiert. Dabei hat sich die Perspektive in den letzten Jahren immer weiter geöffnet. Denken Sie zurück an den Rio-Gipfel 1992: Dieser Gipfel war ein Wendepunkt in der internationalen Diskussion über Umwelt und Entwicklung. Und doch waren die klimapolitischen Ansätze dieses Gipfels viel zu eng, haben zum Beispiel die Landwirtschaft komplett ausgeklammert. Wahrscheinlich waren die Beharrungskräfte der Lobbyisten viel zu stark. Heute ist das unvorstellbar.

Moderne Klimapolitik folgt einem ganzheitlichen Politikverständnis und führt Politikfelder zusammen. So reden wir heute über Energieaußenpolitik, über Energiesicherheit, über Klimafragen, über Landwirtschaft, über einen Kreislauf von Themen, die miteinander verbunden sind. Im Zuge der Globalisierung dreht sich dieser Kreislauf immer schneller. Wer den Kreislauf positiv gestalten will, muss alle Punkte im Blick haben. Das ist die Leitschnur und Zielrichtung des **grünen Konzepts "Energie 2.0"**.

Unsere Konferenz heute ist eine Etappe zur Vertiefung und Weiterentwicklung dieses Konzepts. Mit dem Grundsatzpapier "Energie 2.0" haben wir im letzten Jahr dargelegt, wie Deutschland seine klimaschädlichen CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent verringern kann. Im Anschluss haben wir ein Konzept vorgelegt für eine europäische Agrarreform "Klima und Landwirtschaft". Der grüne Ressourcenkongress Anfang 2008 hat Strategien diskutiert für einen intelligenten Umgang mit begrenzten Ressourcen. Heute suchen wir den Austausch zu Fragen internationaler Politik. Denn Energie- und Klimafragen lassen sich nicht national lösen. Zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik muss international gestaltet werden, was nicht einfach ist. Komplizierte Zusammenhänge weltweit erfordern komplexe Lösungen.

Lassen Sie mich einige der aktuellen Herausforderungen ansprechen. Gegenwärtig reden wir über Biosprit und seine Auswirkungen auf den Welthunger. Wir reden über einen Widerspruch zwischen Klimaschutz, Ökologie und dem Recht auf

Nahrung und die Frage, ob dieser Widerspruch sein muss. So wie viele PolitikerInnen – gerade auch die der Bundesregierung - handeln, schaffen sie offensichtlich einen Widerspruch. Wir reden über Klimaschutz und einen angeblichen Widerspruch zum Recht auf Entwicklung. Staaten wie China und Indien betonen ihr Recht auf Entwicklung und wollen ihre Zukunft selbst bestimmen.

Manches müssen wir neu definieren und in andere Zusammenhänge stellen. Dabei, meine Damen und Herren, ist eines aber klar: Wenn wir über Energieaußenpolitik reden, dürfen wir eines nicht tun, nämlich nur über unsere eigene Energiesicherheit reden und internationale Lösungen für eine Energiewende zu verpassen. Genau das ist der fatale Fehler der großen Koalition, die in der Außenpolitik die größtmögliche Chance des Zugangs zu Energie einfach zu überkommenen Strategien der Energie- und Außenpolitik dazu addiert, und das um jeden Preis. Es geht nicht darum, uns eine kurzweilige Atempause durch Zugang zu Gas und Kohle zu erkämpfen und dabei in neue Energieabhängigkeiten zu geraten. Es geht um eine **weitsichtige Politik, die die weltweite Energiewende vorantreibt**, Handlungsspielräume erweitert und zukunftsfähige Alternativen zu unserer aktuellen Energieabhängigkeit eröffnet.

Dabei geht es nicht nur um Alternativen für uns. Alternative Politik muss **neue außenpolitische Allianzen schaffen** statt Isolationen. Alternative Politik heißt: Kein neuer Protektionismus, keine neue Abschottung. Was wir dringend brauchen, sind europataugliche Lösungen, die auch anderen nutzen. Für erneuerbare Energien zum Beispiel wollen wir nicht nur Märkte bei uns schaffen, sondern auch für andere Staaten. So muss die Europäische Nachbarschaftspolitik den Zugang zu erneuerbaren Energien vorantreiben, nicht nur in Staaten östlich von uns, sondern auch in unserer südlichen Nachbarschaft, in Staaten, in denen Menschen unter Hunger leiden und Zugang zu erneuerbarer Energie ein Schlüssel für Armutsbekämpfung ist. Wir müssen lernen, gemeinsam mit unseren Nachbarn nachhaltige Energiepolitik zu gestalten. Dann gewinnen alle.

Wir wollen für uns keinen Ressourcenzugang auf Kosten der Menschenrechte in anderen Ländern erkämpfen. Energiesicherheit gibt es nur mit der **Achtung der Menschenrechte**. Wir wollen uns solidarisch weiter entwickeln und keinen Zugang zu Ressourcen auf Kosten hungernder Menschen. Denken wir an Afrika, an Lateinamerika und die aktuelle Biospritdebatte. Das heißt aber auch, dass wir die europäische Subventionspolitik, unsere Politik der Anreize und Förderungen neu ausrichten müssen. Es bedarf einer gründlichen Agrarreform und es muss endlich Schluss sein mit einer exportorientierten Politik, die anderen massiv schadet.

Wenn wir günstige Situationen für alle schaffen wollen, müssen wir Energiepolitik bei uns und bei anderen mit der **Entwicklungszusammenarbeit** verbinden. Energiesicherheit für uns muss auch Energiesicherheit für andere heißen. Dazu zählt auch aktiver Technologietransfer. Für eine **weltweite Energiewende** brauchen Entwicklungsländer bezahlbare Technologie, die den Bedürfnissen vor Ort angepasst ist. Wir müssen unsere deutsche, europäische und internationale Entwicklungszusammenarbeit so verändern, dass ländliche Entwicklung gefördert wird: Zugang zu Land, zu Wasser, zu Saatgut und zu Energie. Dann können Regionen, die das Ölzeitalter ausgeschlossen hat, sich selbst aufbauen. All das ist Energieaußenpolitik.

Vor kurzem, meine Damen und Herren, habe ich in dem Buch eines der heutigen Referenten einen schönen Begriff gelesen, und zwar in dem Buch von Sascha

Müller-Kraenner das Wort **“Neue Seidenstraße”**. Dieser Begriff begeistert mich. Aber vielleicht, Sascha, kann man diesen Begriff weiter diskutieren. Was Energieaußenpolitik schaffen muss, sind Verbindungen über nationale und regionale Grenzen hinweg. Eine Verbindung über viele Länder, das assoziieren wir mit dem Begriff Seidenstraße, von Venedig bis Xi'an in China. Eine Verbindung vieler Länder, die **zum Nutzen aller** ist. Wenn wir heute Ausgrabungen verfolgen oder Bücher lesen über die Seidenstraße, dann sehen wir Bilder der Karawanen, die die Seidenstraße über alle Grenzen hinweg durchschritten. Diese brachten nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch kulturellen Austausch. Das ist das Bild, das wir entwickeln müssen: Eine Außenpolitik, die eine Art neuer Seidenstraße schafft, auf der in alle Richtungen Energie transportiert wird, Wissen transportiert wird, die Möglichkeit, sich zu entwickeln, und auch ein kultureller Austausch stattfindet. Auf dieser Straße geht es nicht – wie bislang – um mehr Energie, die anderen dann fehlt. Es geht um Energie füreinander und miteinander. Das schließt ein, dass wir Energietechnologie und Innovationen anderen zur Verfügung stellen. In der Landwirtschaft dürfen wir nicht länger auf Kosten anderer leben, sondern müssen uns für Verarbeitungsstufen und Wertschöpfung auch in armen Ländern einsetzen.

Energieaußenpolitik muss viele Politikbereiche vernetzen, für ein weltweite Energiewende und weltweite Entwicklungschancen. Es geht nicht nur um uns und unseren Zugang zu Energie, sondern um weltweite Entwicklung. Möge dieses Wochenende dazu beitragen, dass wir gemeinsam mit Ihnen unser grünes Konzept zukunftsfähiger Energieaußenpolitik weiter entwickeln.

In diesem Sinne heiße ich Sie alle herzlich willkommen, die VertreterInnen der grünen Bundesarbeitsgemeinschaften, die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, Gäste aus vielfältigen Bereichen der Zivilgesellschaft und VertreterInnen der Ministerien und Behörden. Herzlich begrüße ich auch unsere internationalen Gäste, die ihre Erfahrungen mit uns teilen möchten. Ich hoffe, dass wir dieses Wochenende gemeinsam voran kommen.

Eröffnungsrede Jürgen Trittin:

Klima – Gerechtigkeit – Frieden

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Renate,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
Exzellenzen,

Ich freue mich Sie alle hier im Paul-Löbe-Haus begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung zu Beginn. Ganz besonders freue ich mich, dass Du, *Margret Beckett*, kommen konntest. Wir haben nicht nur als Umweltministerin und Umweltminister gemeinsam das Kyoto-Protokoll durchgesetzt und 2002 den Grundstein für das internationale Netzwerk für erneuerbare Energien beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg gelegt. Du warst es, die als Außenministerin des Vereinigten Königreichs zum ersten Mal den Klimawandel auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gesetzt hat.

Herzlich Willkommen.

Energie und Frieden

Auf der außenpolitischen Tagesordnung steht Energiepolitik heute ganz oben. Mit gutem Grund. Globale Politik, der Gründungsimpuls der Vereinten Nationen, hat ein wesentliches Ziel: Den Frieden sichern. Betrachten wir die **vier Hauptrisiken**, die den globalen Frieden bedrohen, so sehen wir: Jedes dieser Risiken hat einen Bezug zu Energiepolitik:

Klimawandel – Seine Ursache liegt in der übermäßigen Nutzung wie Verschwendung fossiler Energie.

Rohstoffkonkurrenz – Bei Öl, Gas und zunehmend auch Kohle steht weltweit wachsende Nachfrage begrenzten Ressourcen gegenüber. Aber die Rohstoffkonkurrenz beschränkt sich nicht auf Energie. Sie umfasst äußerst seltene Stoffe wie Coltan, Metalle wie Kupfer ebenso wie in diesen Tagen Lebensmittel. Rohstoffkonkurrenz ist nicht immer Ergebnis absoluter Knappheit, sondern drückt auch ungleiche Verteilung und monopolisierte Märkte aus.

Armut und Ausgrenzung – Die Förderung von Energie kann Armut verstärken. Aber ohne Überwindung der Energiearmut werden wir die globale Armut nicht überwinden.

Massenvernichtungswaffen – Auch hier spielt Energiepolitik eine wichtige Rolle. Denn was lässt energiereiche Staaten wie Brasilien, Iran oder Libyen nach Atomkraftwerken, Anreicherung und Wiederaufarbeitung streben? Unter dem Deckmantel der Energiesicherung findet hier Aufrüstung statt – ganz nach dem Vorbild der alten Industriestaaten.

Diese Risiken wirken zusammen und verstärken sich gegenseitig. Der Klimawandel verschärft die Rohstoffkonkurrenz. Er trifft die Armen besonders. Rohstoffkonkurrenz lässt das Bedürfnis nach Aufrüstungstechnologien wachsen. Armut und Unterent-

wicklung verstärken den Druck auf knappe Ressourcen. Aus dem Zusammenwirken dieser Risiken können **manifeste Bedrohungen** entstehen. Sie lassen Staaten zerfallen. Sie befördern Bürgerkriege und Terrorismus, ethnische Vertreibungen und räuberische Angriffskriege.

Diese Risiken haben weitere Gemeinsamkeiten. Kein Risiko lässt sich für sich allein lösen. Kein Risiko lässt sich von einem Staat allein lösen. Kein Risiko lässt sich ohne Energiesicherheit lösen. Anders gesagt: **Globale Energiesicherheit ist eine Grundvoraussetzung zur Sicherung des Friedens.**

Energieaußenpolitik global

Von einer Energieaußenpolitik sind wir in Deutschland meilenweit entfernt. Energieaußenpolitik etwa à la CDU/CSU und FDP ist reduziert auf Pipelinepolitik plus Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Ziel ist, sich die letzten Gas-, Öl- und Uranreserven zu sichern. Das ist zwar weniger kriegerisch, als die Haltung *Wie kam unser Öl unter deren Sand*, die die USA direkt in das Irakdesaster führte. Dahinter steht aber das gleiche Verständnis von Energieaußenpolitik. Sie definiert sich über die Frage: Wie kann ich als Staat, als Gesellschaft mein Interesse an Energie sichern?

Darauf gibt es eine einfache Antwort: Gar nicht. **Es gibt keine unilaterale Energiesicherheit.** Es gibt nicht einmal eine europäische, es gibt keine chinesische, keine amerikanische Energiesicherheit. Aber es gibt auch keine saudische, russische oder venezolanische Energiesicherheit. Auch diese Lieferländer müssen, um von ihrem Energiereichtum zu profitieren, verkaufen und transportieren können.

Also muss die Ausgangsfrage für Energiesicherheit anders gestellt werden. Welchen Beitrag können wir leisten, um die globalen Energiebedürfnisse zu befriedigen?

Das hört sich jetzt *typisch deutsch* und noch mehr *typisch grün* an. Ist Energieaußenpolitik nicht harte Interessenpolitik? Und jetzt kommen die uns mit der Befriedigung globaler Bedürfnisse. Ist das nicht im günstigsten Fall romantisch, im schlimmsten Fall verlogen? Was soll dieser grüne Altruismus, wo es doch im Kern darum geht, den schönen Lebensstandard hier zu erhalten?

Ja, Energieaußenpolitik ist knallharte Interessenpolitik. Und ja, ohne eine Befriedigung der globalen Energiebedürfnisse wird es keine Sicherung des Lebensstandards hier geben, wird es keine Verminderung der Armut durch Entwicklung geben und wird es daher mehr Bürgerkriege, Krieg und Terror geben. Der vermeintliche Altruismus ist in unserem ureigensten Interesse.

Globale Herausforderungen – Energiemarkt schaffen

Ohne eine kluge Energieaußenpolitik, untrennbar verbunden mit Klima- und Entwicklungspolitik, werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, des neuen Rüstungswettlaufs samt weltweiter nuklearer Aufrüstung nicht bewältigen können.

Die erste Antwort, die hierauf gegeben wird, lautet Diversifizierung. Sicherlich schafft Diversifizierung mehr Energiesicherheit. Aber: Diversifizierung mildert das Problem – löst es jedoch nicht. Und nicht jede Diversifizierung ist auch wirklich eine. Das gilt zum Beispiel für die zusätzlichen Pipelines aus Russland, über die wir unser

Gas immer noch aus Russland beziehen. Es werden also nicht neue Bezugsquellen geschaffen, sondern Wege diversifiziert. Dennoch sind solche zusätzlichen Wege – ob *South-Stream*, *North-Stream* oder *Nabucco* sinnvoll. Sie verteilen das Risiko der Konflikte mit den Transitländern und mindern die Kosten.

Wir haben die Abhängigkeit vom Erdgas aus Russland erst entdeckt, als Gas stärker in die Stromerzeugung gehen sollte. Das ist verwunderlich. Denn Stromerzeugung ist stark diversifiziert. 80 Prozent des russischen Gases gehen in Deutschland in die Raum- und Prozesswärme und das ist kurzfristig nur schwer zu substituieren. Aber bisher hat sich Russland als zuverlässiger Lieferant erwiesen. Diese Zuverlässigkeit hat selbst der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht in Frage gestellt.

Aber die Abhängigkeit von einem Lieferanten ist nicht gut. Dies liegt allerdings weniger an dem Lieferanten Russland. Dass wir kein Flüssiggasterminal in Wilhelmshaven haben, dass wir keinen wirklichen Binnenmarkt für Gas haben ist Folge deutscher und europäischer monopolistischer Strukturen, ist Ausdruck der Marktdominanz von *E-On*, *GDF* und anderen. **Es wird keine Energiesicherheit ohne einen funktionierenden Energiemarkt geben. Dafür müssen die monopolistischen Strukturen zerschlagen werden.** Diversifizierung und Entflechtung gehören zusammen.

Ressourcen-Konkurrenz – Nachfragedruck vermindern

Die Zahlen des World Energy Outlook 2007 der Internationalen Energieagentur alarmieren. Selbst bei konservativen Schätzungen des Wirtschaftswachstums in Indien und China prognostiziert die IEA für den Fall, dass keine rasche und konzentrierte Kursänderung eingeleitet wird, eine Zunahme des Weltenergiebedarfs bis 2030 um 55 Prozent.

Ein hoher Anteil des Weltenergiebedarfs geht zurück auf den Energiehunger der Industrieländer. Auf die **Industrieländer** (OECD), in denen rund **15 Prozent der Weltbevölkerung** leben, entfallen rund **56 Prozent des Erdölverbrauchs**, circa **60 Prozent des Erdgasverbrauchs** und circa **50 Prozent des Verbrauchs anderer beschränkter Ressourcen**.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Wir müssen den Nachfragedruck auf Energieressourcen vermindern. Dies geht nur mit mehr erneuerbaren Energien, mit mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung. Diese drei E – *Erneuerbar Effizient Energiesparend* – sind die Säulen einer nachhaltigen Energieaußenpolitik.

Klimaschutz - Versorgungssicherheit

Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik bietet riesige Chancen. Wollen wir die globale Erwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit begrenzen, müssen wir in Europa unsere Treibhausgase drastisch mindern.

Ein Gutachten des *Ökoinstituts* belegt, dass die EU mit einer ambitionierten Klimastrategie **bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Atomenergie bis 2020 30 Prozent** ihrer Treibhausgase und **bis 2030 sogar 40 Prozent einsparen** könnte. Diese Klimapolitik würde unsere Abhängigkeit von Energieimporten drastisch mindern. Die Abhängigkeit der EU von Öl-, Gas-, Uran- und anderen Energieimporten würde von 74 Prozent auf 49 Prozent sinken. So entsteht durch Klimaschutz Versorgungssicherheit.

Armut überwinden - Zugang zu Energie

Zugang zu Energie weltweit ist eine/die Voraussetzung dafür, um Armut zu überwinden und die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen.

Prognose der Vereinten Nationen ist, dass mit den gegenwärtigen Politikansätzen und Investitionstrends im Jahr 2030 immer noch 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben werden. Die Abhängigkeit armer Länder vom Öl behindert Fortschritte. Die finanzielle Belastung der nicht Öl-exportierenden Entwicklungsländer durch den stark gestiegenen Ölpreis übersteigt inzwischen die Zahlungen der Entwicklungszusammenarbeit.

Innovative Energieaußenpolitik muss noch viel stärker, gerade auch in den Ländern des globalen Südens und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und sparsame Lösungen setzen. **Innovative, das heißt zukunftsfähige, Energieaußenpolitik fördert Entwicklung.** Hierbei werden erneuerbare Energien eine zentrale Rolle spielen. Ohne eine massive Verstärkung des Anteils erneuerbarer Energien werden weder die Klimaschutzziele zu erreichen sein, noch wird die globale Armut überwunden werden. Erneuerbare Energien können überall erzeugt werden. Das ist ein enormer Vorteil, denn sie ermöglichen auch und gerade eine verlässliche Versorgung entlegener ländlicher Regionen – im Gegensatz zur Atomkraft.

Atomkraft ist kein Ausweg.

Atomkraft schafft keine Energiesicherheit. Atomenergie kann den Bedarf an Energie nicht decken. Den Primärverbrauch der Welt deckte die Atomenergie 2003 mit 6,5 Prozent. Erneuerbare Energien lieferten mit 13,3 Prozent mehr als das Doppelte – betrachten wir die genutzte Endenergie sind es nur 3 Prozent, die die Atomkraft liefert. Atomkraft ist eine Nischentechnologie. Allein um 10 Prozent des Stroms aus Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten weltweit über 1.000 Reaktoren gebaut werden. Die dafür nötigen Subventionen können auch wirtschaftlich reiche Länder nicht aufbringen. Die Frage der Entsorgung des Atommülls ist weltweit ungelöst. Auch Uran wird importiert, schafft Abhängigkeiten und ist eine endliche Ressource.

Atomkraft ist **nicht wettbewerbsfähig**. Deshalb wurde in den USA seit den siebziger Jahren kein neues AKW geordert, in der EU gerade eins seit 1986, dem Jahr an dem morgen vor genau 22 Jahren in Tschernobyl der Reaktorkern schmolz. Weshalb von *Nicholas Sarkozy* bis zu *Gordon Brown* die Handelsvertreter von *Areva* verzweifelt nach Möglichkeiten für eine Subventionierung suchen. Und wer die Bedrohung durch den Terrorismus ernst nimmt, muss das Risiko Atomkraft abbauen und nukleare Proliferation verhindern. Wer heute AKWs nach Libyen verkauft, schafft sich die Iran-Probleme von morgen.

Institutionen zählen – Institutionen fehlen

Der Wettlauf um das letzte Öl und Gas schafft keine Energiesicherheit. Uns geht es darum, mit verantwortungsvoller und vorausschauender Außenpolitik zu einer weltweiten Energiewende beizutragen - hin zu Erneuerbaren, Energieeffizienz und Energiesparen weltweit. Eine solche Wende wird nur gelingen, wenn die Übergangszeit gemeinsam politisch gestaltet wird. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik denkt multilateral.

Welche Institutionen für multilaterale Energiepolitik brauchen wir? Darüber wollen wir heute und morgen diskutieren.

Viel diskutiert wird derzeit die Option einer Energie-NATO. Diese Diskussion verfehlt das Thema. Militärische Ansätze bringen keine Energiesicherheit. Die Idee einer Energie-KSZE hat keine Gestalt angenommen.

Eine vorhandene Institution wie die **Internationale Atomenergiebehörde (IAEO)** einfach anzuprangern schadet. Wer sich neuen Proliferationsgefahren entgegenstellen will, muss die IAEO **stärken**, auch wenn wir ihre Position zur Atomenergie nicht teilen. Der IAEO Wissen vorzuenthalten und dann bomben zu lassen, wie es die USA im Falle Syrien getan haben, das ist nicht akzeptabel. So schwächt man die wenigen funktionierenden Institutionen für eine globale Energiepolitik.

Internationale Energieagentur:

Wir verfehlen unsere Ziele derzeit auch, weil wir keine durchsetzungsstarken institutionellen Strukturen für globale, für multilaterale Energiepolitik haben. Die WTO ist noch weit davon entfernt, Energiepolitik zukunftsfähig anzugehen und hält z.B. Handelsbarrieren für erneuerbare Energien aufrecht. Um die Interessen von Liefer-, Transit- und Verbraucherländern zum gegenseitigen Vorteil besser verknüpfen zu können, müssen wir auch institutionell neue Wege gehen.

Die *Internationale Energieagentur* (IEA) ist derzeit ein Club der OECD, der ohne China und Indien nicht handlungsfähig ist. Die Salon-Energieaußenpolitik der G8 im letzten Jahr mit China, Indien und anderen hat keinen Durchbruch gebracht. Ich bin fest davon überzeugt: Wir müssen die IEA für Schwellenländer wie Indien und China öffnen.

Europäische Union:

Als eine der größten ImporteurInnen von Erdöl, Erdgas und Kohle ist die EU eine wichtige Akteurin auf dem Weltenergiemarkt. Politisch spielt die EU jedoch eine untergeordnete Rolle. **Von einer kohärenten Energieaußenpolitik der EU sind wir noch meilenweit entfernt.** Nationale Interessen dominieren. Soweit Interessen zusammengebracht werden können geht es nach wie vor fast einzig um Gasrohre und Ölpipelines. In den Beziehungen zu Russland, Zentralasien und dem Kaukasus spielen z.B. erneuerbare Energien kaum eine Rolle.

Die EU muss endlich umsteuern. Die EU muss sich ehrgeizige Ziele setzen und zum Motor für die weltweite Energiewende werden. Die EU muss den Energiebinnenmarkt vollenden und auf Energiesolidarität setzen. Statt untereinander um Öl und Gas zu konkurrieren, müssen sich die europäischen Staaten mit einer Stimme für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung einsetzen. Derzeit reist eine europäische Regierung nach der anderen nach Algerien und Nigeria, um nationale Deals heimzubringen – das bringt niemanden weiter, sondern treibt nur Preise in die Höhe.

REN 21 und andere

Es gibt eine ganze Reihe von internationalen Netzwerken, von der REEEP-Initiative (Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership), die *Margaret Beckett* angestoßen hat, bis zu REN21 (Renewable Energy Policy Network), eine Folge der Konferenz *renewables2004* in Bonn. Solche Netzwerke müssen gestärkt und verbreitert werden.

Klima – Gerechtigkeit –Frieden

Ausstieg aus der Atomenergie, Weg vom Öl durch erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen – das sind die Schlüssel für globale Sicherheit und Entwicklung. Die Überwindung des Rohstoffluchs und die globale Energiesicherheit bedürfen der internationalen Zusammenarbeit. Energie ist ein Schlüssel für globale Sicherheit. Wir müssen weg vom Öl – ohne uns neuen globalen Risiken auszusetzen.

Klima – Gerechtigkeit – Frieden: Das sind die Eckpunkte einer grünen globalen Energieaußenpolitik.

Ich wünsche spannende Diskussionen.

Winfried Nachtwei: Klimasicherheit neu denken

Guten Morgen, meine Damen und Herren,
guten Morgen liebe Freundinnen und Freunde,

es gibt wenige Orte auf der Welt, die so sehr geeignet sind über Bedrohungen der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens zu sprechen wie dieser Ort. Denn unvergessen ist ja, dass vor 70 Jahren von hier aus ein wahnwitziger Aggressions-, Ausplünderungs- und Vernichtungskrieg gegen europäische Nachbarn geplant und angezettelt wurde. Aber vor fast 20 Jahren hat sich hier auch die Macht friedlicher Umwälzung gezeigt. Seitdem ist dieser Ort Symbol für die friedensstiftende Wirkung der europäischen Integration.

In Grunddokumenten der deutschen Sicherheitspolitik werden die bekannten Gefährdungen unserer Zeit genannt: internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Regionalkonflikte mit ihren Risiken und Nebenwirkungen für deutsche und internationale Sicherheit. Im **Weißbuch 2006 der Bundesregierung** zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr werden darüber hinaus als Risiken und Bedrohungen genannt: die Sicherheit der Rohstoff- und Warenströme, die Energiesicherheit, die zunehmende Migration. Unklar bleibt dabei, ob die letztgenannten Gefährdungen Thema und Aufgabe kollektiver Sicherheit im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen sind, oder ob sie als Thema und Aufgabe gesehen werden für konkurrierende nationale Sicherheitspolitik. Ich muss sagen, angesichts der Tatsache, dass der Verteidigungsbegriff hier in Deutschland aber auch in der NATO von vielen NATO-Ländern in den letzten Jahren immer mehr entgrenzt wurde, weg von territorialer Integrität hin zur Verteidigung von Interessen, ist dies eine Entwicklung, die darauf hinaus läuft, internationale Ordnung zu schwächen und zu chaotisieren, statt sie zu stärken.

Der Klimawandel wirkt als Beschleuniger und Katalysator schon bestehender Risiken und Bedrohungen. Über ihn werden sich die Konflikte um knappe Ressourcen, fruchtbares Land, sauberes Süßwasser und Nahrungsmittel verstärken. Aber es werden auch - und das fällt oft unter den Tisch - Konflikte um auftauende und neu zugängliche Ressourcen gefördert, vor allem im Raum der Arktis. Zu erwarten sind wirtschaftliche Risiken und Schäden, die Zerstörung ganzer Küstenregionen und Küstenstädte. Zu erwarten ist die Zunahme fragiler und zerfallender Staaten. Dabei trifft das regelrechte Brennglas des Klimawandels in erster Linie die Länder, die heute als schwache und zerfallende Staaten gelten. Und zu befürchten ist ein Entwicklung hin zum Zerfall ganzer Subregionen. Im nördlichen Afrika haben wir es ja mit einer ersten solchen Region zu tun. Hinzu kommt die Entwicklung zerfallender Megastädte. Denn die Megastädte der Welt liegen an Flussmündungen, an Küsten, in den Hitzeregionen der Welt. Zu erwarten sind wachsende Verteilungskonflikte zwischen den Hauptverursachern des Klimawandels im Norden, im Westen und auf der anderen Seite der Hauptleidtragenden des Klimawandels im Süden. Zu erwarten ist eine Verschiebung transnationaler Machtgefüge, je nach dem wie der Zugang zu Ressourcen ist. Die einen haben immer weniger oder keinen Ressourcenzugang, andere sind von der Natur erheblich privilegierter ausgestattet.

Zu erwarten ist eine immer deutlichere **Überforderung klassischer Sicherheitspolitik**. Zunehmen werden solche Konflikte, mit denen heute schon die so genannte Internationale Gemeinschaft größte Probleme hat. Ich erinnere an die Stabilisierung

auf dem Balkan, die Stabilisierung in Afghanistan, die Stabilisierung in verschiedenen afrikanischen Krisenregionen im Rahmen von Missionen der Vereinten Nationen. Alles das wird dann massiv verstärkt werden. Und zu erwarten ist, dass sowieso schon schwache Regierungs- und Steuerungssysteme weiter überfordert werden. Denn der fortschreitende Klimawandel verschärft Interessengegensätze und schwächt die Grundlagen und Voraussetzungen eines kooperativen Multilateralismus. Klassische und reale Sicherheitspolitik ist trotz allen Redens vom erweiterten Sicherheitsbegriff immer noch und überwiegend reaktiv, militärfixiert und militärlastig. In Klammern dazu gesagt: Immer weniger liegt das an den Militärs als an unzureichend weit blickenden PolitikerInnen. Und diese reaktive und militärfixierte Orientierung zeigt sich ja ganz deutlich in der Verteilung finanzieller, personeller und Forschungsressourcen. Wenn – das kann man so schlicht sagen – wenn einfach auf dieser Linie weiter gemacht wird: Dann rutschen wir, dann geraten wir in eine Zukunft der Klimakriege.

Gegenüber den gigantischen Gefährdungen des Klimawandels haben die Staaten und haben die Gesellschaften **nur dann eine Chance, wenn die Krisen- und Gewaltprävention endlich zur zentralen Kategorie von Sicherheitspolitik wird** und wenn wir endlich das hinkriegen, was seit Jahren schon betont wird: Von early warning zu early action zu kommen bzw. quick action, denn Zeit haben wir keine mehr. Dieser Brückenschlag muss endlich geschafft werden und diese Brücke muss stark werden. Deutschland steht dabei keineswegs am Anfang. 2004 beschloss noch das rotgrüne Kabinett einen **Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung**. Dieser Aktionsplan hat das Primat der zivilen Krisenprävention, der Verbindung von operativer und strukturell langfristiger Krisenprävention konzeptionell entwickelt. Als dieser Aktionsplan beschlossen wurde, war dieser weltweit einmalig. Leider müssen wir feststellen, dass er längst nicht mehr mit der Energie verfolgt wird, mit der er einmal gestartet wurde.

Umso gespannter bin ich nun, und ich hoffe Sie auch, auf unsere Diskussion heute.

Zusammenfassung der Beiträge und Diskussion

Panel I - Energieaußenpolitik und Energiesicherheit

Panel II - Energieaußenpolitik und Klimawandel

Fachvortrag - Energieaußenpolitik und Kyoto

„Ändert die Welt, sie braucht es dringend.“

Berthold Brecht

Energieaußenpolitik steht vor vielfältigen Herausforderungen. Zu diesen Herausforderungen zählen der Umbruch der weltweiten Energiestruktur, Klimawandel und Energiearmut.

Nach den Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) **wird die weltweite Energienachfrage bis zum Jahr 2030 um mehr als die Hälfte steigen.** Über 40 Prozent der Energie werden von China und Indien nachgefragt werden. Nach Energieträgern aufgeschlüsselt wird damit gerechnet, dass am stärksten die Nachfrage nach Kohle steigen wird. 80 Prozent der Kohle wird 2030 von China und Indien verbraucht werden. Wenn sich die aktuellen Trends fortsetzen, wird Öl an zweiter Stelle stehen, vor allem für den Transportsektor. Dabei geht die IEA davon aus, dass in China die Zahl der Autobesitzer bis 2030 auf 140 von 1.000 Personen steigen wird, im Vergleich zu 20 von 1.000 Personen heute. Auf der Angebotsseite werden wenige Staaten und staatliche Unternehmen stehen. Voraussichtlich werden 50 Prozent des Wachstums der Nachfrage im Ölsektor auf der Angebotsseite von nur fünf Öl-Lieferländern abgedeckt werden. Im Gassektor verfügen Russland und der Iran über fast die Hälfte der weltweiten Gasreserven.

Steigende Energienachfrage wird – wenn die Politik nicht endlich konsequent umsteuert – einen entsprechenden Anstieg der CO₂-Emissionen zur Folge haben und den **Klimawandel** weiter beschleunigen. Nach Zahlen der IEA lagen die Anteile Chinas und Indiens an den weltweiten CO₂-Emissionen im letzten Jahrhundert bei 8 Prozent bzw. 2 Prozent. Etwa 60 Prozent des Anstiegs von CO₂-Emissionen bis 2030 könnten auf China und Indien entfallen. 2005 waren die Top-Emittentinnen die USA, gefolgt von China, Russland, Japan und Indien. Die IEA geht bei ihren Prognosen davon aus, dass die USA im Jahr 2030 immer noch die zweitgrößte Emittentin sein wird.

Dabei beruht die Statistik in Bezug auf China und Indien nicht auf einer Pro-Kopf-Rechnung. Nach Berechnungen der IEA lagen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen im Jahr 2005 in China bei 3,9 Tonnen, in Indien bei 1,0 Tonnen, in Russland bei 10,7 Tonnen, in der EU bei 7,5 Tonnen und in den USA bei 19,5 Tonnen. Die IEA geht davon aus, dass die Pro-Kopf-Emissionen in China und Indien im Jahr 2030 auch bei hohem Wachstum unter dem OECD-Durchschnitt liegen werden.

Energiearmut ist eine Herausforderung, die von der Politik in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wird. Wenn die Politik nicht umsteuert, werden 2030 immer noch 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben. Nach Prognosen der IEA wird die Anzahl der Menschen, die mit Holz und Dung kochen, voraussichtlich sogar steigen, von 2,5 Milliarden aktuell auf 2,7 Milliarden im Jahr 2030. Jährlich werden deshalb nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weithin etwa 1,6 Millionen Frauen und Kinder sterben. Die Öl-importierenden Länder in Subsahara-Afrika verbrauchen weniger als 1 Prozent des Öls weltweit, und sind doch von den hohen Ölpreisen am stärksten betroffen. Nicht-Öl-exportierende Entwicklungsländer zahlen inzwischen mehr Geld für importierte Energie als sie an Entwicklungshilfe erhalten, in Subsahara-Afrika etwa 120 Prozent der Entwicklungshilfe insgesamt.

Klimawandel multipliziert Bedrohungen

Der im Auftrag der britischen Regierung erstellte **Stern-Report** aus dem Jahr 2006 (Stern Review on the Economics of Climate Change)² untermauert: Klimawandel ist ein gigantisches Sicherheitsrisiko. Verantwortliche Energieaußenpolitik geht dieses Risiko an und ist aktive Friedenspolitik.

Der Klimawandel multipliziert Bedrohungen für Sicherheit und Frieden. Zum Beispiel wird die Konkurrenz um Wasser im Nahen Osten die Konflikte in der Region weiter verschärfen. Nach einer Studie wird ein Anstieg des Meeresspiegels nur um 50 cm zur Folge haben, dass das Nildelta – das Kerngebiet der ägyptischen Landwirtschaft – überschwemmt wird und etwa 2 Millionen Menschen vertrieben werden. Südasiens und Afrika sind weitere Regionen, in denen Wasserknappheit bereits heute Frieden gefährdet und Konflikte schürt. Der Klimawandel betrifft gerade die ärmsten Regionen besonders stark und verschärft Armut. Eine Prognose ist unter anderem, dass sich der Verlust aufgrund des Klimawandels bis Mitte des Jahrhunderts auf jährlich mindestens 5 Prozent des weltweiten Wachstums beziffert. Ohnehin fragile Regionen werden vom Klimawandel weiter geschwächt.

Wir werden den Klimawandel nur wirksam begegnen können, wenn wir wirtschaftliche Entwicklung weltweit von fossiler Energie abkoppeln und eine weltweite Energiewende herbeiführen. Nur dann werden wir Wohlstand erhalten und Entwicklungsländern neue Chancen für Entwicklung eröffnen können.

Nur gemeinsam erfolgreich

“It can bring us together if we are wise enough not to let us drive apart.”

Rt Hon Margaret Beckett

In einer lebhaften Diskussion haben wir entlarvt, dass sich die aktuelle deutsche und europäische Energieaußenpolitik noch immer von einem verfehlten Energie- und Klimaegoismus leiten lässt. Die Leitlinie dieser verfehlten Politik ist der Trugschluss, dass wir unsere Energieversorgung ohne die anderen sichern können, dass

² Ein deutsche Zusammenfassung des Stern Report ist im Internet veröffentlicht auf der Seite http://www.hm-treasury.gov.uk/sternreview_translations.htm

Abschottung Energiesicherheit schafft. Die Leitlinie ist Angst vor neuen Akteurinnen wie China und Indien, die angeblich „uns unsere Energie wegnehmen“.

Alle DiskussionsteilnehmerInnen waren sich einig: Energie- und Klimagoismus sind eine gefährliche Sackgasse. Die aktuell praktizierte Doppelmoral muss aufhören. Was wir brauchen sind **kooperative Ansätze, die Verteilungs- und Lebensstilfragen mit einbeziehen**. Die Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcenkrise wird die Staatengemeinschaft nur gemeinsam lösen können. Es gibt keine nationale oder regionale Energiesicherheit, sondern Energiesicherheit kann nur weltweit gemeinsam erreicht werden. Es geht darum, alle Länder, auch China und Indien, zusammen zu bringen für verantwortliche Energiepolitik. So kann Energiepolitik eine Schlüsselrolle spielen für eine friedliche, gerechte und kooperative Weltordnung.

Deutsche und europäische Energieaußenpolitik muss dafür mit zugkräftigem Beispiel vorangehen. Daran fehlt es. Um europäische Energieaußenpolitik wird gerade auch von der Bundesregierung viel Wind gemacht, aber es fehlen die Taten. Die europäische Politik verankert bislang weder das Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen, noch verfolgt sie ambitionierte Emissionsreduktionsziele.

Einigkeit bestand darin, dass eine gemeinsam gestaltete globale Energiepolitik (**Energy Governance**) auf Grundlage des Völkerrechts unabdingbar ist. Internationale Institutionen müssen reformiert und durchsetzungskräftiger gemacht werden. Auch die Weltbank muss sich endlich einsetzen für eine globale Energiewende weg von Öl und Gas. Einigkeit bestand auch darin, dass die G8 sich als Gremium zur Lösung von Energie- und Klimafragen blamiert haben.

Was wir brauchen sind Gremien, in denen Staaten aus allen Regionen der Welt zusammenarbeiten, auch die ressourcenreichen Staaten, und gerade auch die problemreichen Staaten. TeilnehmerInnen forderten eine **themenbezogene Reform der Vereinten Nationen** und eine **Neugestaltung und Erweiterung der Internationalen Energieagentur (IEA)**. Das UN-Umweltprogramm UNEP sollte zu einer UN-Umweltorganisation UNEO aufgewertet werden, die auch im Energiebereich zentrale Verantwortung übernehmen kann. Die IEA sollte ihren Dialog mit Ländern wie China und Indien intensivieren und sich zum Ziel setzen, Liefer-, Transit- und Verbraucherstaaten in gemeinsame durchsetzungskräftige Strukturen einzubinden. Ein Club von Industriestaaten führt nicht weiter. Länder wie China und Indien müssen in Mechanismen der IEA wie der Ölbevorratung mit einbezogen werden.

Die Diskussion lotete neue Formen der Zusammenarbeit aus, die auf Energiegerechtigkeit aufbauen und Staaten aller Regionen mit einbeziehen, u.a.: eine Plattform für Führungskräfte, themenspezifische Studiengruppen, eine Führungs-/Leadership-Gruppe auf Ebene der Regierungschefs und -cheffinnen kombiniert mit themenspezifische Führungs-/Leadership-Gruppen auf MinisterInnen-Ebene. Diese themenspezifischen Gruppen könnten gestaltet werden als thematische Sicherheitsräte, etwa als Energie- und Klimasicherheitsrat. Für eine durchsetzungskräftigere Energie- und Klimapolitik in den Vereinten Nationen wurde angeregt, dafür eine neue Studiengruppe zu gründen - nach dem Muster der von Roosevelt 1939 eingerichteten Brookingsstudiengruppe zur Befassung mit einem möglichen System der Vereinten Nationen nach Beendigung des Weltkrieges. Ziel dieser Studiengruppe: Entwurf eines Konzeptes der Vereinten Nationen **UNO 3.0**, eines **Multilateralismus 3.0**.

Zivilgesellschaft mit einbeziehen

Einigkeit bestand darin, dass die **Zivilgesellschaft** in eine internationale Politiksteuerung (Energy Governance) aktiv mit einbezogen werden muss. Bislang stehen die meisten internationalen Konferenzen der Zivilgesellschaft nicht offen und sind für diese nicht nachvollziehbar. Die globale Energiewende kann aber nur von Menschen gestaltet werden. Ohne die Zivilgesellschaft geht es nicht. Wenn es um Fragen wie das Verbreiten neuer Ideen und die Veränderung von Lebensstilen geht, brauchen wir die Zivilgesellschaft als treibende Kraft.

Beispiel Russland: Der Grund für die mangelhafte russische Klima- und Energiepolitik liegt nicht nur an fehlender politischer Führung. Auch in der Gesellschaft fehlt das Bewusstsein, dass für die drei Es radikal umgesteuert werden muss. Dieses Beispiel zeigt: Wenn wir in der Politik weiter kommen wollen, müssen wir die Zivilgesellschaft weltweit stärken.

Was wir brauchen, ist eine **öffentlich-private Partnerschaft auf globaler Ebene**. Überall müssen Regierungen, der Privatsektor, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Einzelne, alle Mitglieder der Gesellschaft zusammenwirken, ihre Beiträge leisten und Druck ausüben, damit auch andere dies tun.

Unternehmen und Märkte – Konfliktstoff Rohstoffe

Heftige Kritik richtete sich an Unternehmen und Banken, die bislang keine Verantwortung übernehmen und allein auf ihren Profit setzen. Es fehlt an **Transparenz** im Umgang mit Einnahmen aus Energiegeschäften. Hohe Einnahmen aus Energiegeschäften in den Förderländern gehen einher mit schlechter Regierungsführung, Korruption und Missachtung der **Menschenrechte**. Die Energieeinnahmen kommen bei den Menschen nicht an und verstärken Elend und Armut. Energieaußenpolitik muss deshalb auf Nachhaltigkeit von Energieträgern und ökologische Standards setzen, um Umwelt- und sozialen Katastrophen entgegenzuwirken. Der Ressourcenfluch muss gestoppt werden.

Die USA, aber auch die EU, legen gegenüber rohstoffreichen Ländern bei Menschenrechten und Demokratie Doppelstandards an. Doch zu verantwortungsvoller Energie- und Rohstoffpolitik gehört die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, guter Regierungsführung und Menschenrechte in den Exportländern. Die internationale Gemeinschaft muss gegenüber ressourcenreichen Staaten – wie dem Sudan – eine **glaubwürdige Menschenrechtspolitik** verfolgen. In den Vereinten Nationen muss es eine völkerrechtliche Definition von Konfliktrohstoffen geben. Ähnlich wie beim Kimberley-Prozess (Blutdiamanten) ist das Ziel, den Handel und Abbau von Konfliktrohstoffen zu ächten und zu unterbinden.

Der **Bekämpfung der Korruption** im Rohstoffsektor durch Transparenz dienen sowohl die NGO-Kampagne „Publish What You Pay“ als auch die auf Regierungsebene agierende „Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)“. Ziel ist es, durch die Offenlegung der verschiedenen Zahlungen der Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen an die Regierungen eine gesellschaftliche Kontrolle zu ermöglichen. Diese Initiativen brauchen breite politische Unterstützung und Anerkennung. Der Banken- und Investitionssektor muss mit einbezogen werden.

Eine Analyse des Energiemarktes kam zum Schluss, dass wir für einen zukunftsfähigen Energiemarkt Marktintegration und **internationale Zusammenarbeit** brauchen

– und keine nationalen Champions und keine Marktabschottung. Infrastrukturausbau und Zugang zu Infrastruktur müssten staatlich flankiert werden.

Unternehmen, Banken, Fondsgesellschaften und Pensionsfonds müssen ihre **Investitionen umlenken** und einen wachsenden Anteil in den Aufbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz in Entwicklungs- und Schwellenländer lenken.

Ursache für Energieverschwendung ist auch ein Marktversagen. Diesem **Marktversagen** muss über politischen Dialog und Förderprogramme entgegengewirkt werden. Auch bei der weltweiten Einführung erneuerbarer Energien muss sich die Politik dafür engagieren, noch marktferne Lösungen ohne Zeitverzug einzuführen. Eine Energiewende wird nur gelingen, wenn neben marktnahen Lösungen wie Windkraft auch bislang marktferne Lösungen wie Photovoltaik und Solarthermie zur Stromerzeugung vorangebracht werden. Nur so können nachhaltige Energiesysteme aufgebaut werden, die über ein breites Energieportfolio CO₂-Emissionen stabilisieren und zurückfahren.

Europa muss umsteuern

Eine Bilanz der europäischen Energieaußenpolitik ergab: Die **Europäische Union (EU)** hat das Arbeitsfeld der Energieaußenpolitik erst sehr spät entdeckt und weitgehend auf Energieimportsicherheit reduziert. Die EU muss dringend erneuerbare Energien und Energieeffizienz in den Mittelpunkt ihrer Energieaußenpolitik stellen. Als größter integrierter Markt könnte die EU ihre Marktmacht nutzen, um ambitionierte Standards zu setzen und zu einem Motor für die Förderung neuer Energietechnologien und von Energieeffizienz werden. Deshalb muss die EU ihre Energiestrategie grundlegend überarbeiten. Russland muss in eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik der EU im Dienste einer globalen Energiewende und im Kampf gegen den Klimawandel mit eingebunden werden. Eine globale Energiewende geht nur zusammen mit Russland.

Forderung an die Bundesregierung ist: Schluss machen mit dem deutschen Eiertanz in Brüssel, wenn es um Energie und Klima geht. Deutschland darf nicht länger Fortschritte in der EU unterminieren, nur um rückwärtsgewandte Wirtschaftsinteressen zu bedienen.

Auch in der Energiepolitik gilt: Europa muss mit einer Stimme sprechen. Über die EU, über die **Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)** können zentrale AkteurInnen für Energiesicherheit nachhaltig eingebunden werden. In Staaten wie der Ukraine, die höchste Raten von Energieverschwendung haben, hat Energieeffizienz ein immenses Potenzial. Das geht Deutschland, das geht die EU bislang kaum an. Auch die Zusammenarbeit mit der Türkei sollte vertieft und ausgestaltet werden zu einer Energiepartnerschaft ohne Wenn und Aber. Beiträge betonten dabei gerade auch das Potential einer Zusammenarbeit mit der Türkei im Bereich Solarenergie.

Afrika ist der Kontinent, der mit am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird. Die Zusammenarbeit der EU mit Afrika muss eine Energiepartnerschaft gestalten auf der Grundlage von Energiegerechtigkeit und Solidarität. Die Folgen des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel müssen wir solidarisch mit Afrika angehen. Wichtig ist, dabei die Zivilgesellschaft zu stärken und Initiativen wie den African Climate Appeal zu unterstützen.

Eine große Chance liegt in einer Zusammenarbeit mit Afrika im Bereich der **Solarenergie**. Diese Chance müsste genutzt und auch ärmsten Gegenden in Afrika Zu-

gang zu Elektrizität verschafft werden. Eine solche Energiezusammenarbeit darf aber in ihrer Komplexität nicht unterschätzt werden. So wäre ein wichtiger Aspekt die Frage der transparenten Verwendung von Einnahmen aus Solarenergiegeschäften, denn unbedingt muss ein Solarenergiefluch analog zum Ressourcenfluch vermieden werden.

Atomkraft ist kein Ausweg aus verfehlter Energiepolitik.

Die IEA geht bei ihren – auf gegenwärtigen Politiktrends beruhenden – Szenarien davon aus, dass der Anteil der Atomkraft am weltweiten Energiemix in den nächsten Jahren wachsen wird und jährlich etwa 30 Atomkraftwerke gebaut werden sollten. In der EU will nicht nur Frankreich die Atomkraft massiv ausbauen. Die Gefahr, dass hohe finanzielle Mittel und vor allem staatliche Subventionen in Atomkraft statt in neue Energietechnologien fließen, besteht unverändert.

Die Diskussion betonte, dass wir keine Zeit verlieren dürfen und Investitionen in Energietechnologien 100 Prozent umsteuern müssen für eine Energiewende.

Diskussionsbeiträge gegen Atomkraft führten aus: Atomstrom ist für kein Land eine Lösung und bei weitem nicht so sauber, wie ihn die Atomlobby gerne darstellt. Gerade die Entwicklungsländer brauchen dezentrale, bezahlbare Energieangebote statt hoch subventionierter Atommeiler. Wollten wir allein ein Zehntel des Stroms aus Kohle, Öl und Gas mit Atomkraft ersetzen, müssten wir weltweit 1.000 Reaktoren bauen. Die dafür nötigen Subventionen können auch reiche Länder nicht aufbringen. In keinem Land gibt es eine Lösung zur Entsorgung des gefährlichen Atomabfalls. Energiereiche Staaten wie Brasilien, Iran oder Libyen streben unter dem Deckmantel der Energiesicherung nach der Atombombe. Atomenergie kann selbst bei strengsten internationalen Kontrollen leicht für militärische Zwecke genutzt werden.

Atomkraft schafft nicht Sicherheit, sondern unkontrollierbare neue Risiken. Atomkraftwerke bringen die Gefahr nuklearer Proliferation. TeilnehmerInnen forderten, die weltweite Abrüstungsdebatte zu erneuern und innovative Wege im Kampf gegen nukleare Proliferation zu beschreiten.

Zukunftsfähige Energieaußenpolitik verzahnt Politikbereiche

Aus verschiedenen Perspektiven heraus bestätigte sich, dass Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik integriert werden muss. **Zukunftsfähige Energieaußenpolitik führt alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik zusammen.** Energiesicherheit darf nicht auf Importsicherheit und Außenwirtschaftspolitik reduziert werden. Ein Wettlauf um knappe Ressourcen durch bilaterale Vereinbarungen verteuert nur Preise und führt zu Krieg und Konflikten.

Klimawandel findet statt. Energieaußenpolitik muss sich deshalb auf die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels einstellen, und zwar auch auf schwierigste **Szenarien (worst case)**. So müssen beispielsweise zügig Fragen der Klimamigration aufgegriffen und beantwortet werden.

Außenpolitik darf nicht länger in den Dienst des Erhalts überkommener Lebensstile gestellt werden. Voraussetzung für eine globale Energiewende ist, dass wir alle **unseren Lebensstil ändern**. Diesen Wandel muss Außenpolitik unterstützen.

Einigkeit bestand auch darin: Energiearmut muss endlich ernsthaft bekämpft werden. Energieimporte auf Kosten anderer schaffen keine Energiesicherheit. Innovative Energiepolitik im Zuge einer globalen Energiewende dagegen ist auch eine **neue Chance für Armutsbekämpfung**. Dafür müssen Programme für dezentrale nachhaltige Energiesysteme in armen Ländern ausgebaut werden, die Förderung fossiler oder nuklearer Energiesysteme muss auslaufen. Wichtig ist auch, technologisches Know-how und Institutionen in den Ländern vor Ort aufzubauen. Zugang zu Energie setzt Zugang zu Finanzen voraus. Technische Hilfe muss den Kredit- und Kapitalmarkt in Entwicklungsländern stärken und Mikrokredite für Mikrounternehmen anbieten.

Frauen sind einerseits von mangelnder Energieversorgung am stärksten betroffen. Andererseits sind sie Multiplikatorinnen für die Einführung neuer Technologien. Deshalb müssen gerade auch Frauen unterstützt werden.

Der Meinungs austausch zur Nahrungsmittelkrise unterstrich: Das **Recht auf Nahrung** hat oberste Priorität. Innovative Energiepolitik, Kampf gegen Armut und Kampf gegen das Welthungerproblem müssen Hand in Hand gehen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Energie?

Nach dem Begriff der vernetzten Sicherheit ist Energiesicherheit Teil von Sicherheitspolitik. Dies darf aber nicht zu dem Fehlschluss führen, dass sich Energiesicherheit mit militärischen Mitteln erreichen lässt. Das heißt: Wenn das Weißbuch der Bundesregierung zur Verteidigungspolitik Energiesicherheit als Teil von Sicherheit nennt, darf daraus nicht geschlussfolgert werden, es sei Aufgabe der Bundeswehr, für Energiesicherheit zu sorgen.

Militärische Mittel können keine Energiesicherheit herstellen. Die Bundeswehr kann nicht die Energieversorgung sichern. Der Schutz von Transportwegen durch Militär hat keinen Einfluss auf die Produktion von Öl und Gas oder darauf, dass dieses nach fairen Spielregeln auf den Markt gelangt, und kann an der Endlichkeit dieser Ressourcen nichts ändern. In instabilen Situationen kann Militär keinen Frieden schaffen, sondern im besten Fall Friedensprozesse ermöglichen und unterstützen. Kriege – wie der Angriff auf den Irak – erhöhen nur die Preise. Das Streben nach einer sicheren Versorgung darf nicht in neokoloniale Politik münden. Wir brauchen keine Energie-NATO.

Nur eine umfassende zivil-politische Energieaußenpolitik für die drei Es, die auf den Prinzipien weltweiter Energiegerechtigkeit aufbaut und Entwicklungspolitik und Technologietransfer in den Mittelpunkt stellt, schafft Energiesicherheit.

Technologietransfer

Allgemeine Schlussfolgerung war, dass weiterer technischer Fortschritt unabdingbar für eine Energiewende ist. Forschung und Entwicklung für neue Energietechnologien müssen aufgestockt werden. **Technologietransfer** zu Gunsten armer Länder und auch zu Gunsten von Ländern wie China und Indien muss neue bezahlbare E-

nergietechnologien – für erneuerbare Energien wie Energieeffizienz - weltweit zugänglich machen. Dabei geht es darum, Infrastruktur und Know-how – angepasst an lokale Bedingungen – in den Ländern selbst aufzubauen. Das immense Potenzial der Energieeffizienz muss endlich weltweit nutzbar gemacht werden. Hemmnisse für den Export moderner Technologie in Staaten mit schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen müssen überwunden werden.

Patentschutz darf den Transfer neuester Technologie nicht behindern. Aktiver Technologietransfer ist mehr als Wirtschaftspolitik und darf nicht allein über Exportinteressen definiert werden. Dies muss den Schutz von Innovationen einschließen. Beiträge betonten, dass solcher Schutz gerade auch im Interesse von Ländern wie zum Beispiel Indien liegt, die selbst Innovation vorantreiben wollen. Beiträge unterstrichen auch, wie wichtig gemeinsame, weltweit vernetzte Forschung und Entwicklung ist: Nur so werden wir über Technologietransfer hinauskommen und das weltweite Know-how zusammenführen für modernste gemeinsame Technologie.

Energie- und Klimasicherheit finanzieren

Zahlen der Vereinten Nationen (Klimarahmenkonvention, UNFCCC) schätzen die Kosten für Vermeidung des Klimawandels (Einhaltung des 2 Grad Ziels) auf etwa 200 Milliarden USD pro Jahr. Die zukünftigen Kosten für die Anpassung an den Klimawandel werden mit etwa 50 – 170 Milliarden USD pro Jahr veranschlagt. Diesen Zahlen stehen aber auch Einnahmen gegenüber. Allein in Deutschland werden jedes Jahr über 50 Milliarden Euro an Energiesteuern durch den Fiskus eingenommen werden. Die Zahlen des Stern-Berichts prognostizieren jährliche Verluste von mindestens 5 Prozent des weltweiten Wachstums, wenn wir nicht umsteuern. Insgesamt bestätigt sich, dass der Kampf gegen den Klimawandel und rechtzeitige Anpassungsmaßnahmen der einzige wirtschaftliche Ausweg sind. **Klimaschutz ist eine Frage der politischen Prioritäten.**

Finanzierung internationaler Energie- und Klimapolitik ist nicht nur eine Frage des Geldflusses, sondern auch eine Frage, ob und wie Mittel sinnvoll eingesetzt werden können (Absorptionskapazitäten). Derzeit erhebt die Weltbank den Anspruch, die Verwalterin von Finanzmitteln der Staatengemeinschaft im Klima- und Energiebereich zu sein. Ist dies der richtige Weg? Oder wäre es sinnvoll eine neue Weltbank für Energie- und Klimapolitik zu gründen? Dies ist nur eine von vielen Fragen, die in der multilateralen Politik noch nicht hinreichend diskutiert werden und zu denen auch die Nichtregierungsorganisationen noch keine abschließende Meinung haben.

Energieaußenpolitik und Kyoto

Mit dem Kyoto-Abkommen von 1997 haben sich die Industrieländer verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2012 zu senken. Das ist die richtige Richtung. Aber ein Nachfolgeabkommen Kyoto Plus muss weiter gehen. Alle Industrieländer – auch die USA – müssen sich auf ambitionierte Reduktionsziele verpflichten. Eine Kernbotschaft des Fachvortrags war: Kyoto Plus muss einen **weltweiten Emissionshandel einführen**, der auch den Flugverkehr und die Schifffahrt mit einbezieht. Nur wenn es einen weltweiten Preis für CO₂ gibt, werden die notwendigen Investitionen getätigt werden und die neuen Technologien eingeführt. Nur dann werden wir die weltweite Energiewende hin zu den drei E schaffen.

Allgemeine Einschätzung war, das **Kyoto Plus** nur zustande kommen wird, wenn die EU als ambitionierte Vorreiterin vorangeht und endlich Schluss macht mit ihrer unverbindlichen, rückwärtsgewandten Politik, die wesentlich von der Bundesregierung mitgestaltet wird. Die Bundesregierung bremst in Brüssel wo immer möglich. So ist es angeblich der deutschen Autoindustrie noch nicht einmal mehr zumutbar, ihre CO₂-Emissionen so weit zu senken, wie sie es 1998 mit dem 140g/km-Ziel bis 2008 selbst versprochen hat.

Nicht jedes Land hat die gleichen Möglichkeiten. **Auch Entwicklungsländern muss wirtschaftliche Entwicklung abgekoppelt von Emissionen ermöglicht werden.** Dafür brauchen wir ein komplexes internationales Regime für Emissionsreduzierungen. Die Diskussion unterstrich einmal mehr die Bedeutung von Technologietransfer. Vorschläge waren unter anderem, Einnahmen aus dem Emissionshandel für Technologietransfer einzusetzen und Außenwirtschaftsförderung in den Dienst des Exports von erneuerbaren Energien und von effizienten und energiesparenden Technologien zu stellen.

Die Diskussion betonte wie wichtig es ist, die Zerstörung des Tropenwalds zu stoppen. Vorschlag war, im Rahmen von Kyoto Plus ein System von Anreizen zu schaffen, um die Wälder erhalten.

Noch immer verbrauchen 15 Prozent der Weltbevölkerung rund 60 Prozent des Rohöls und Erdgases. Die jährlichen CO₂-Emissionen pro Kopf liegen in den westlichen Industrienationen weit höher als in Entwicklungsländern und Ländern wie China oder Indien. Die Diskussion unterstrich deshalb die Dringlichkeit eines internationalen Dialogs über **Energiegerechtigkeit und eine gerechte Gewichtung von Verpflichtungen** zur weltweiten Verminderung der CO₂-Emissionen. Forderung war unter anderem, eine Angleichung (so genannte „convergence“) und Verminderung (so genannte „contraction“) der Emissionen auf Grundlage eines klimawissenschaftlichen und gerechten Ansatzes. Rechtlich bezog sich die Diskussion dabei auch auf Artikel 11 des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard sowie eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen verankert.

In Bezug auf einzelne Energieträger stellten DiskussionsteilnehmerInnen Kohle als ein aktuelles Problem heraus und sprachen sich für ein Moratorium aus.

Fazit: Jetzt handeln!

Es darf nicht mehr auf Zeit gespielt werden. Entscheidend für den Erfolg einer globalen Energiewende werden die nächsten zehn Jahre sein: Uns geht nicht die Energie aus, uns geht nicht das Geld aus, uns geht die Zeit aus!

Alle waren sich einig, dass die Regierungen endlich verstehen müssen: Eine **konsequente Investition in eine globale Energiewende** ist die einzige Alternative.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik

- Eine sichere Energieversorgung gibt es nicht für Deutschland oder Europa allein. Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit bekommen wir nur, wenn wir auf der ganzen Welt zusammenarbeiten.
- Die drei E sind der Schlüssel für die Zukunft: Energieaußenpolitik muss einer weltweiten Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung dienen.
- Energie muss in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik sowie internationaler Umwelt- und Klimapolitik integriert werden.
- Im Rahmen von Kyoto Plus muss sich die Staatengemeinschaft ohne Wenn und Aber auf ambitionierte Ziele zur Reduktion von CO₂-Emissionen einigen und einen weltweiten Emissionshandel etablieren. Das wird nur gelingen, wenn die EU umsteuert und als Vorreiterin vorausgeht.

- Energy Governance: Wir brauchen kooperative Ansätze. Auf Grundlage von Energiegerechtigkeit und Solidarität müssen wir die globalen Herausforderungen in der Energie- und Klimapolitik in multilateralen Strukturen angehen.
- Eine Reform der Vereinten Nationen muss Institutionen und Steuerungsinstrumente für eine verantwortliche Klima- und Energiepolitik stärken. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) muss zu einer Umwelt- und Energieorganisation aufgewertet werden (UNEO).
- Die Internationale Energieagentur (IEA) muss umgestaltet werden in eine Organisation, die Liefer-, Transit- und Verbraucherländer zusammenbringt.
- Ohne die Zivilgesellschaft geht es nicht. Die Zivilgesellschaft muss in kooperative Strukturen der Energy Governance aktiv eingebunden werden.
- Informelle Energiepartnerschaften wie REN21 (Renewable Energy Policy Network) müssen weiterentwickelt werden.

- Über Technologietransfer und global vernetzte Technologieforschung müssen Entwicklungsländern und Schwellenländern neueste Energietechnologien zugänglich gemacht werden.
- Frauen spielen eine wichtige Rolle als Multiplikatorinnen für eine ökologische Energieversorgung. Energieaußenpolitik muss den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen.
- Ohne innovative Energiepolitik werden wir die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) nicht erreichen. Energiearmut muss endlich wirksam und solidarisch bekämpft werden. Energiepolitik für die drei E ist eine neue Chance für Armutsbekämpfung.

- Das Recht auf Nahrung hat oberste Priorität. Innovative Energiepolitik und der Kampf gegen das Welthungerproblem müssen Hand in Hand gehen.
- Unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran ist für eine verheerende Umweltzerstörung und soziale Missstände verantwortlich. Energieaußenpolitik muss diesen Ressourcenfluch stoppen. Ökologische Standards und Nachhaltigkeitsstandards im Energiebereich sind überfällig. Zu verantwortlicher Energiepolitik gehören Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, gute Regierungsführung und Menschenrechte. Initiativen für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft müssen unterstützt werden.
- Militärische Mittel können keine Energiesicherheit herstellen. Wir brauchen keine Energie NATO. Um Konflikte und Kriege in Folge des Klimawandels und der Ressourcenkrise zu verhindern, brauchen wir eine vorausschauende zivile Krisenprävention.
- Atomkraft ist kein Ausweg. Wir müssen die nukleare Aufrüstungsspirale anhalten und nukleare Weiterverbreitung (Proliferation) verhindern.
- Die globale Energiewende muss von einem kulturellen Wandel begleitet werden. Wir müssen Vorbild sein für einen nachhaltigen Lebensstil, der die Fehler der westlichen Konsumgesellschaft korrigiert.
- Allen Ländern muss wirtschaftliche Entwicklung abgekoppelt von Emissionen ermöglicht werden. Wir brauchen einen internationalen Dialog über Energiegerechtigkeit und eine gerechte Gewichtung von Verpflichtungen zur weltweiten Verminderung der CO₂-Emissionen.
- Energieaußenpolitik ist mehr als Gasrohre, Ölpipelines und Ankündigungen. Die EU muss endlich eine kohärente Energieaußenpolitik entwickeln, die sich ohne Wenn und Aber für eine globale Energiewende einsetzt.
- Die Bundesregierung darf in Brüssel nicht länger auf der Bremse stehen, wenn es um Energie und Klima geht. Deutschland muss endlich wieder zur treibenden Kraft werden für ambitionierte Ziele und Standards für Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Annex I

Schlaglichter für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik

Renate Künast MdB Fraktionsvorsitzende

„Über Energie und Klima wird derzeit viel geredet. Nur: Es fehlen die Taten.“

Binnenorientierte Energiepolitik, die Außenpolitik auf Rohre und Pipelines reduziert, bringt keine Energiesicherheit. National wie global liegt die Zukunft in den drei großen E: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung. Mit Energie 2.0 hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Energiekonzept vorgelegt, das konkrete Maßnahmen benennt, wie eine 40 Prozent CO₂-Reduktion realistisch erreichbar ist, und dies ohne neue Kohlekraftwerke und mit Atomausstieg.

Jürgen Trittin MdB Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Politischer Koordinator Arbeitskreis Internationales und Menschenrechte

„Zukunftsfähige Energieaußenpolitik setzt auf globale Gerechtigkeit und eine globale Energiewende hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft.“

Wir sind abhängig von Energieimporten und unsere Abhängigkeit wird mittelfristig auch noch zunehmen. Auch Atomstrom ist endlich und keine Übergangslösung. Statt alter Atomkraft brauchen wir neue Energien weltweit. Keine globale Energiewende ohne globale Gerechtigkeit. Die Jahrhundertherausforderungen Klimawandel und Ressourcenkrise kann kein Land im Alleingang lösen. Energie muss in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik integriert werden. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik führt all diese Politikfelder zusammen. Sie geht globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Rohstoffkrise, Armut und Ausgrenzung, neuen Rüstungswettlauf und nukleare Aufrüstung global an.

Bärbel Höhn MdB Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Politische Koordinatorin Arbeitskreis Umwelt, Verbraucher und Verkehr

„Die EU muss über schöne Worte und gefühlte Klimapolitik hinauswachsen und eine Vorreiterrolle für die globale Energiewende übernehmen.“

Um der globalen Herausforderung der Erderwärmung zu begegnen, brauchen wir ein multilaterales, völkerrechtlich verbindliches Klimaregime, das Emissionsminderungsverpflichtungen mit Technologiekooperation verbindet. Das Kyoto-

Abkommen, in dem sich die Industrieländer verpflichteten, ihre Treibhausgasemissionen bis 2012 zu senken, war ein wichtiger erster Schritt. Aber nach 2012 muss es weiter gehen und das mit deutlich ehrgeizigeren Zielen. Alle Industrieländer – auch die USA – müssen sich auf ambitionierte Treibhausgasreduktionsziele und Ausbaustrategien für erneuerbare Energien verpflichten. Gleichzeitig sind auch die Schwellenländer gefordert, einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Weltgemeinschaft muss sich radikale Klimaschutzziele setzen und diese mit realistischen Maßnahmen angehen.

Claudia Roth MdB

Bundenvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

„Atomkraft ist kein Ausweg aus einer verfehlten Energiepolitik.“

Atomkraft ist ebenso endlich wie Öl und Gas und schafft keine Energiesicherheit. Atomenergie kann den Bedarf an Energie nicht ansatzweise decken. Den Primärverbrauch der Welt deckte die Atomenergie 2003 mit 6,5 Prozent. Erneuerbare Energien lieferten mit 13,3 Prozent mehr als das Doppelte. Betrachten wir die genutzte Endenergie sind es nur 3 Prozent, die die Atomkraft liefert. Atomkraft ist eine Nischentechnologie. Allein um 10 Prozent des Stroms aus Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten weltweit über 1.000 Reaktoren gebaut werden. Die dafür nötigen Subventionen können auch reiche Länder nicht aufbringen. Die Frage der Entsorgung des Atommülls ist weltweit ungelöst. Auch Uran wird importiert, schafft Abhängigkeiten und ist eine endliche Ressource. Atomkraft ist nicht wettbewerbsfähig. In Entwicklungsländern geht es um ein bezahlbares Energieangebot auch in entlegenen Gebieten, das über Atomkraft nicht erreicht werden kann. Und wer die Bedrohung durch den Terrorismus ernst nimmt, muss das Risiko Atomkraft abbauen und nukleare Proliferation verhindern.

Winfried Nachtwei MdB

Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik

„Eine vorausschauende Energieaußenpolitik ist strategische Friedenspolitik.“

Statt Konkurrenz um fossile Energie bis zum Letzten muss Energieaußenpolitik auf eine Verrechtlichung der internationalen Politik setzen. Globaler Zugang zu erneuerbarer Energie, globale Energieeffizienz und Energiesparen schaffen Frieden. Ressourcenkonflikte sind bereits heute eine der zentralen Ursachen für Kriege und Konflikte. Um gewaltsamen Konflikten frühzeitig vorzubeugen und die Eskalation von Konflikten zu verhindern, müssen auf nationaler wie europäischer Ebene und in den Vereinten Nationen die Strategien und Instrumente ziviler Krisenprävention weiter entwickelt und ausgebaut werden. Hierfür müssen finanzielle Mittel umgeschichtet werden. Mit militärischen Mitteln lässt sich Energiesicherheit nicht erreichen. In instabilen Situationen kann Militär keinen Frieden schaffen, sondern im besten Fall Friedensprozesse ermöglichen und unterstützen. Zu effektiver Krisenprävention gehört auch, dass wir mehr investieren in Forschung zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte. Nur wenn wir mehr über mögliche Konflikte von morgen wissen, können wir vorausschauend handeln.

Ute Koczy MdB
Sprecherin für Entwicklungspolitik

„Wir müssen mit internationalen Vereinbarungen dazu beitragen, dass die Verknappung der endlichen Rohstoffe unserer Erde – besonders der fossilen Ressourcen – nicht zum Kampf aller gegen alle führt.“

Wir brauchen eine globale Rohstoffpolitik, die in einen fairen Ordnungsrahmen eingebettet ist und sich zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet. Dafür müssen entwicklungspolitische Maßnahmen ausgebaut werden, mit deren Hilfe die Zivilgesellschaft in den Rohstoffländern gestärkt wird starke demokratische und rechtsstaatliche Institutionen aufgebaut werden können. Für alle AkteureInnen im Rohstoffsektor und speziell im Finanzsektor müssen international verbindliche Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards gelten. Wir dürfen Rohstoffe nicht mit „Menschenrechtsrabatten“ und der Degradierung riesiger Landschaften erkaufen. Von den Banken erwarten wir viel mehr als die Einhaltung der so genannten Äquatorprinzipien, in denen nur einige Umweltleitlinien festgelegt sind. Banken müssen Verantwortung übernehmen und in Transparenzinitiativen verbindlich einbezogen werden.

Rainer Steenblock MdB
Europapolitischer Sprecher

„Energieaußenpolitik in und für Europa darf nicht auf Rohre und Pipelines reduziert werden!“

Europäische Energieaußenpolitik muss erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen in den Mittelpunkt von Energiepartnerschaften mit anderen Ländern stellen. Die Energiepartnerschaften als integraler Bestandteil der EU-Nachbarschaftspolitik müssen weiter gestärkt und zum Motor für weitere Integration werden. Doch glaubwürdig ist die EU nur, so lange sie bei Erneuerbaren, Energieeffizienz und Energiesparen beispielgebend vorangeht. Regionale Kooperationsansätze wie die Energiegemeinschaft mit Südosteuropa und ihre Erweiterung, die Ostseekooperation sowie die neue Schwarzmeersynergie werden zudem immer wichtiger. Die EU muss Energie systematisch in ihre bilateralen und multilateralen Beziehungen integrieren und zum Beispiel in ihre Gespräche mit China einbeziehen. In der neuen EU-Afrika-Strategie muss die Energiepartnerschaft zwischen beiden Kontinenten gestärkt werden. Wichtig für Deutschland und die Europäische Union sind Kooperationen, die Interessen zusammenbringen, Sicherheit stärken und Energiesolidarität mit Leben erfüllen. Ausgangspunkt und Ziel ist die Ratifizierung der Europäischen Energiecharta. Diese muss erneuert werden, um ihren Wirkungsbereich zu erweitern und Liefer-, Transit- und Abnahmeländer zusammenzubringen.

Kerstin Müller MdB
Außenpolitische Sprecherin

„Energie- und Klimakonflikte sind keine Phänomene von morgen. Ölfunde haben den Krieg zwischen Nord- und Südsudan befeuert. In Darfur waren lange Dürreperioden als Folge regionalen Klimawandels ein Auslöser der hemmungslosen Gewaltexzesse, die zur weltweit größten humanitären Krise geführt haben.“

Der Wettlauf um knapper werdende Energieträger verschärft die Kluft zwischen Staaten und provoziert zwischenstaatliche und innerstaatliche Konflikte. Wenn wir nicht gegensteuern, wird der Klimawandel viele Staaten überfordern und politische Instabilität zur Folge haben. Die wachsenden Energieversorgungsprobleme des afrikanischen Kontinents erfordern zudem nachhaltige Antworten. Weltweiter Zugang zu Energie, der Kampf gegen Klimawandel und eine entsprechende Anpassung der Energiepolitik müssen ganz oben auf unserer außenpolitischen Agenda stehen. In unsere Beziehungen mit fragilen Staaten müssen wir Strategien für mehr Klimasiicherheit unbedingt mit einbeziehen. Außen- und Entwicklungspolitik müssen eng zusammengehen. Wir müssen Energie und Klima insgesamt zu einem Kernthema unserer globalen Beziehungen machen. Eine große Chance sehe ich auch in multilateralen Kooperationsansätzen. Energie- und Klimazusammenarbeit bietet eine Chance für eine umfassende kooperative Friedenspolitik.

Volker Beck MdB
Menschenrechtspolitischer Sprecher

„Energiesicherheit erreichen wir nur, wenn wir auf Gerechtigkeit setzen und die Menschenrechte weltweit achten.“

Eine globale Energiewende hin zu den drei E ist der Schlüssel für Energiegerechtigkeit und eine Energiepolitik, die Menschenrechte achtet und fördert. Wer meint, sich Energiesicherheit mit Menschenrechtsrabatten erkaufen zu können, unterliegt einem Trugschluss. Öl und Gas auf Kosten der Rechte Anderer machen unsere Welt nicht sicherer, sondern gefährden Frieden und Wohlstand. Umso fataler ist es, dass die USA und auch die EU gegenüber rohstoffreichen Ländern bei Menschenrechten und Demokratie Doppelstandards anlegen. Um nachhaltige Energiesicherheit zu erreichen, müssen die westlichen Staaten in ihren Außenbeziehungen endlich das reiche Potential erneuerbarer Energien ausschöpfen und anderen Staaten auf dem Weg zur Energiewende helfen.

Nicht zuletzt kann eine starke Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Unrechtsstaaten dazu führen, Menschenrechtsverletzungen aus energiepolitischen Gründen nicht mit der notwendigen Vehemenz anzuprangern. Deshalb ist das Setzen auf erneuerbare Energien auch Menschenrechtspolitik. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik ist Menschenrechtspolitik.

Thilo Hoppe MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Das Recht auf Nahrung hat oberste Priorität.“

Bioenergien sind Chance und Gefahr zugleich. Es bedarf eines gewissenhaften und naturverträglichen Umgangs mit der Bioenergie. Eine steigende Nachfrage darf weder dazu führen, dass der Raubbau an der Natur zunimmt und die Biodiversität gefährdet wird, noch darf sie in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion treten. Beides geschieht bereits. Bioenergien haben aber auch viele potenzielle positive Effekte. Sie können Ländern des Südens helfen, ihre horrenden Energiekosten zu senken und neue Einkommensmöglichkeiten für Bauern eröffnen. Für eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik ist es wichtig, das Recht auf Nahrung mit neuen Initiativen und ohne Wenn und Aber umzusetzen. Klimawandel und Ressourcenkrise erfordern, dass wir die globalen Agrarentwicklungsstrategien grundsätzlich neu ausrichten. Hierfür stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, auf internationaler Ebene Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien zu entwickeln, die für den gesamten Agrarsektor gelten.

Marieluise Beck MdB
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

„Erneuerbare Energien und Energieeffizienz müssen eine zentrale Rolle spielen in unseren Beziehungen zu Russland. Für europäische Energiesicherheit ist ein Ausbau der Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens unerlässlich.“

Russland verfügt über ein Drittel der weltweiten Gasreserven. Ohne das relativ klimafreundliche russische Gas wird der Übergang zur CO₂-neutralen Wirtschaft für Europa teuer. Russland dagegen braucht die EU als mit Abstand wichtigsten Exportmarkt. Trotz dieser gegenseitigen Abhängigkeit ist der Energiedialog zwischen der Europäischen Union und Russland oft schwierig. Viel zu kurz kommen im Energiedialog andere Aspekte. Eine weltweite Energiewende hin zu Erneuerbaren, Energieeffizienz und sparsamem Umgang mit Energie kann nur zusammen mit Russland gelingen. Gerade in diesen Bereichen ist das Potential für eine echte Zusammenarbeit enorm. Voraussetzungen sind Rechtssicherheit für Investitionen und gegenseitiger Marktzugang.

Zentralasien spielt für eine zukunftsorientierte europäische Energieaußenpolitik eine wichtige Rolle. Die Region kann zur Diversifizierung unserer Energieimporte einen Beitrag leisten. Aber auch hier gilt es, weiter zu denken und die Länder Zentralasiens bei der Entwicklung von regionaler Kooperation im Energiebereich und beim Klimaschutz zu unterstützen.

Omid NouripourMdB
Mitglied im Verteidigungsausschuss

„Bereits heute haben wir mehr UmweltmigrantInnen als Kriegsflüchtlinge. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik ist auch Migrationspolitik.“

Die EU-Staaten müssen ihre Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationspolitik aufeinander abstimmen und dabei die Umweltmigration als Fluchtursache einbeziehen. In der UNO muss die EU globale Migrationspolitik mitgestalten. Der Klimawandel betrifft gerade die ärmsten Staaten am stärksten. Wir müssen uns deshalb einstellen auf viel mehr Binnenflüchtlinge und Süd-Süd-Migration als Folge des Klimawandels. Auch insofern kommt es auf Solidarität und global gerechte Lösungen an. Menschenrechtlich verantwortliche Einwanderungspolitik erkennt die Rechte von UmweltmigrantInnen an und setzt sich dafür ein, dass der Schutz von UmweltmigrantInnen im Völkerrecht verankert wird. Umweltmigration ist nur ein Beispiel dafür, dass Migrationspolitik und Entwicklungspolitik zusammengehören.

Dr. Uschi Eid
Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik
Stellvertretende Vorsitzende von UNSGAB³

„Wenn es um die Folgen des Klimawandels geht, stehen die Wasserressourcen und ihr Management an erster Stelle. Wasser gehört daher ganz oben auf die Agenda internationaler Politik.“

Verknappung sauberen Süßwassers, Zunahme von Dürren, Gletscherschmelze: Veränderungen im Wasserhaushalt der Erde stehen an erster Stelle bei den Folgen des Klimawandels. Besonders die Entwicklungsländer, die für die Erderwärmung weitestgehend nicht verantwortlich sind, werden teils unter zu wenig, teils unter zu viel Wasser leiden. Diese Länder zu unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen, heißt, dass wir Verantwortung für vergangene Klimasünden übernehmen. Energie- und Wasserpolitik zusammenzudenken bedeutet aber noch mehr: Erstens gilt es, Veränderungen im globalen Wasserhaushalt bei künftigen Versorgungsmodellen in Rechnung zu stellen. So waren in den USA kürzlich 24 AKWs wegen Kühlwassermangels von Betriebseinschränkungen bis hin zur Abschaltung bedroht. Der neue Pro-Atom-Kurs einiger Entwicklungsländer gehört auch deshalb auf den Prüfstand. Zweitens ist die Wasserkraft Teil der erneuerbaren Energien. Dämme zur Stromproduktion können Entwicklungsländern helfen, Energiearmut durch sauberen Strom zu überwinden. Allerdings müssen sie mit den strengen Kriterien der Weltstaudammkommission im Einklang stehen.

³ UN Secretary General's Advisory Board on Water and Sanitation

Hans-Josef Fell MdB

Sprecher für Energie- und Technologiepolitik

„Die grüne Energiewende ist ein wesentliches Schlüsselement für die Lösung der lebensbedrohlichen ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und friedenspolitischen Probleme dieser Erde.“

Wir brauchen in wenigen Jahrzehnten den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Energy Watch Group warnt, dass 2030 nur noch die Hälfte des heutigen Erdöls zur Verfügung steht. Gleichzeitig warnen die Klimaforscher vor einer noch drastischeren Erderwärmung. Das Kyoto-Folgeabkommen wird die daraus resultierende Mammutaufgabe allein nicht leisten können. Es bedarf zusätzlicher internationaler Initiativen, damit die vollständige Abkehr von den fossilen und atomaren Energieträgern und der Umstieg auf erneuerbare Energien weltweit Realität wird.

Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB

Sprecher für Außenwirtschaftspolitik

„Ohne intelligente Außenwirtschaftspolitik werden wir die weltweite Energiewende weg von Öl und Gas nicht hinbekommen.“

Schwellenländer wie Entwicklungsländer brauchen hochmoderne und gleichzeitig bezahlbare Technologie, um ihre Energieprobleme lösen zu können. Wir müssen gerade auch die Möglichkeiten der Außenwirtschaftspolitik nutzen, um eine globale Energiewende und den Transfer moderner Technologie für erneuerbare Energien in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern und die Exportfähigkeit von Unternehmen der Erneuerbaren-Energie-Branche zu stärken. Dafür müssen traditionelle Instrumente und Schwerpunkte der Außenwirtschaftsförderung überprüft und innovative, global wirksame Konzepte entwickelt werden. Schluss gemacht werden muss endlich auch mit Subventionen und Bürgschaften für den Export der Atomtechnologie.

Winfried Hermann MdB

Sprecher für Verkehrspolitik

„Abgase und Verkehrsemissionen verpesten die Luft an vielen Orten der Welt. Wir müssen Verkehr in umweltverträgliche Bahnen lenken.“

In vielen Regionen der Welt ist Luftverschmutzung ein gigantisches Problem. Hauptquellen der Luftbelastung sind der falsche Umgang mit Energie und eine ständig wachsende Verkehrslawine. Zukunftsfähige Energieaußenpolitik setzt auf saubere Transportmittel und ambitionierte Standards für Treibstoffqualität, Schadstoffbegrenzung und auf Energieeffizienz. Neben dem Auto entwickeln sich auch der Flug- und Schiffsverkehr zu einer immer größeren Klimabelastung. Beide Sektoren müssen in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbezogen werden, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu drosseln. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung beim Klimaschutz im Verkehrsbereich konsequent auf der Bremse steht und einen wirkli-

chen Fortschritt in der EU unterminiert. Für die deutsche Autoindustrie war es angeblich noch nicht einmal zumutbar, ihre CO₂-Emissionen so weit zu senken, wie sie es 1998 mit dem 140g/km-Ziel bis 2008 in einer Selbstverpflichtung versprochen hatte. Das schadet dem Klima und blockiert Innovationen für klimafreundliche und effiziente Technologien in der Autoindustrie.

Manuel Sarrazin MdB

Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestags

„Die weltweite Energiewende muss von einem kulturellen Wandel begleitet werden.“

Der Weg zur weltweiten Energiewende führt über weltweiten Kulturwandel. Weg von Öl, Gas und Uran gelingt nur, wenn die Menschen die Dringlichkeit der Lage verstehen und ihre Handlungsoptionen kennen. Wir in Europa müssen Vorbilder sein für nachhaltige Lebensstile. Wir müssen Fehler der westlichen Konsumgesellschaft korrigieren und anderen helfen, diese Fehler zu überspringen. Auch dies ist ein blinder Fleck der aktuellen Energieaußenpolitik Deutschlands und der EU.

Annex II

Große Anfrage zur Energieaußenpolitik der Bundesregierung

Energieaußenpolitik muss Arbeitsfelder vernetzen und Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der internationalen Klima- und Umweltpolitik integrieren. Nur dann werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, neuen Rüstungswettlaufs und weltweiter nuklearer Aufrüstung bewältigen können.

Mit Sorge sehen wir, dass die Bundesregierung Energieaußenpolitik auf Machtpolitik und Politik für Gasrohre, Ölpipelines und Nukleardeals reduziert hat. Aus unserer Konferenz haben wir zahlreiche offene Fragen an die Bundesregierung mitgenommen. Diesen Fragen sind wir nachgegangen. Lösungen oder gar ein energieaußenpolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung haben wir nicht gefunden. Deshalb haben wir im September 2008 eine Große Anfrage zur Energieaußenpolitik der Bundesregierung eingereicht.⁵

Mit 277 Fragen stellt diese Initiative Herausforderungen und operative Handlungsfelder einer zukunftsfähigen Energieaußenpolitik zusammen. Im Einzelnen stellen wir Fragen zur multilateralen Energiepolitik, zu den bilateralen und regionalen Energiebeziehungen der Europäischen Union, zur globalen Energiefinanzierung, zu Technologietransfer, zu Öl, Gas und Uran als Konfliktrohstoffe, zu Menschenrechten, zu sicherheitspolitischen Aspekten, zu Atomkraft, zur Nachhaltigkeit von Energieträgern und ökologischen Standards, zu Frauen und Energie, zur Entwicklungspolitik, zu Energie und Verkehr, zur Auswärtigen Kulturpolitik, zu migrationspolitischen Zusammenhängen sowie zu den bilateralen Energiebeziehungen Deutschlands. Die Antwort auf diese Anfrage ist für Ende Mai 2009 angekündigt.

⁵ Diese Große Anfrage, BT Ds. 16/10386 vom 24.09.2008, 64 Seiten, ist auf der Homepage des Deutschen Bundestages veröffentlicht unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/103/1610386.pdf>.